

NIEDERSCHRIFT SchulA/0002/2026

über die Sitzung des **Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am
12.03.2026 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Stellvertretende Vorsitzende:

Frau Tatiana Holtmann

Ausschussmitglieder:

Herr Tayfun Averbek

Herr Peter Rose

Herr Thomas Walbaum

Frau Andrea Teresa Gomez Soto

Vertretung für Herrn

Frederik Salomon

Vertretung für Frau

Hendrikje Janna

Zimmermann

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Frau Heike Ahlers

Frau Margarete Köhler

Frau Maggie Rawe

Herr Norbert Suchanek

Vertretung für Herrn

Mario Krieger

Vertretung für Herrn

Marian Entrup

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Herr Stefan Ahler

Frau Anne Bölte

Frau Vera Thomas

Frau Nicole Weiermann

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Torsten Habbel

Frau Gisela Heymanns

Von der Verwaltung:

Herr Marco Lennertz

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:30 Uhr

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Tatiana Holtmann eröffnet die Sitzung und stellt zuerst fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch. Anschließend werden die sachkundigen Bürgerinnen Frau Heike Ahlers und Frau Nicole Weiermann durch mündliche Äußerung der Verpflichtungserklärung vereidigt.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bürgeranregung gem § 24 GO NRW vom 03.02.2025 hier: Pflegeeltern vom Elternbeitrag für die OGS befreien

Herr Messing erklärt, dass im vergangenen Jahr eine Bürgeranregung eingegangen sei, deren Anliegen nachvollziehbar ist. Er führt aus, dass sich die Anregung eher auf eine Großstadt beziehe, in der das Jugendamt in der gleichen Behörde angesiedelt sei. In ihrer kreisangehörigen Kommune sei dies jedoch anders, da sie den Kindergartenbereich betreuen und als Erfüllungshilfe für den Kreis die Elternbeiträge einziehen und die Mittel dem Kreis zur Verfügung stellen würden. Im Bereich der offenen Ganztagschule (OGS) jedoch dienen die Elternbeiträge zur Finanzierung des Angebots vor Ort. Obwohl sie Landeszuschüsse erhielten, würde bei einem Verzicht auf einen Teil der Elternbeiträge das Geld fehlen, da kein Erstattungsanspruch gegenüber dem Kreis bestehe. Herr Messing habe Kontakt mit dem Kreisjugendamt aufgenommen und erläutert, dass Pflegeeltern, die Einrichtungen nutzen, einen Antrag auf Befreiung stellen könnten, um die in Rechnung gestellten Beiträge erstattet zu bekommen. Das Kreisjugendamt entscheide, ob der Betreuungsaufwand gerechtfertigt sei oder ob es ratsam sei, dass die Kinder nachmittags in der Obhut der Familie bleiben. Diese Entscheidung treffe das Kreisjugendamt, nicht die Stadt Billerbeck. Da die Stadt Billerbeck die Mittel verlieren würde und keinen Erstattungsanspruch gegenüber dem Kreis habe, sehe sie sich nicht in der Verpflichtung, die Satzung zu ändern. Im Gegensatz zur Stadt Münster, die ein eigenes Jugendamt habe und wo die Mittel intern verwaltet würden, sei die Situation in Billerbeck aufgrund der Trennung anders. Daher habe man sich entschieden, nicht auf die Gelder zu verzichten, da sie unerlässlich für die Finanzierung der OGS seien.

Auf Rückfrage von Frau Rawe, ob der Antragsteller laufend über den Sachstand informiert wurde, entgegnet Herr Messing, dass er laufend mit ihm in Kontakt stand.

Weiterhin äußert Frau Rawe, dass sie es für richtig halte, dass die betreffende Person sofort Hilfe erhalten habe, da diese Hilfe verfügbar sei. Sie betont, dass sie die Vorlage und den Beschlussvorschlag für korrekt halte, da es bereits entsprechende Hilfen vom Kreis Coesfeld gebe. Ihrer Ansicht nach sei es wichtig, den Menschen zu erklären, warum in Kindergärten oder Kitas anders abgerechnet werde als in der Offenen Ganztagschule (OGS), da viele dies nicht verstünden. Dies liege daran, dass es sich um zwei verschiedene Systeme handle, die

unterschiedlich finanziert würden. Frau Rawe ist der Meinung, dass sich viele Fragen bereits durch Erklärungen erübrigen würden. Zudem sei es in Ordnung, dass es eine Möglichkeit gebe, die Elternbeiträge erstattet zu bekommen, und daher könne man sagen, dass man sich in dieser Angelegenheit zurückziehen könne.

Frau Gomez Soto führt aus, dass der Antragsteller tatsächlich auf das Einkommen von 10.000 Euro eingehe. Sie regt an, es könne wichtig oder sinnvoll sein zu erklären, dass sich das Einkommen auf das berechnete Einkommen beziehe und nicht auf das Gesamteinkommen.

Herr Messing erläutert, dass der Antragsteller in der Materie sachlich vollständig eingebunden sei, da er beruflich bei der Stadt Münster tätig sei und die Satzung der Stadt Münster kenne. Herr Messing führt aus, dass man sich über die Beitragsstaffelung immer unterhalten könne, was mehrfach diskutiert worden sei, auch auf Kreisebene bei der Festsetzung der KiBiz. Er erwähnt, dass die Beitragsstufen gemeinschaftlich entwickelt und erweitert worden seien. Die Diskussion über die genaue Festlegung der Einkommensgrenzen, wie etwa bei 15.000 oder unter 24.000, sei seiner Ansicht nach bereits abgeschlossen. Herr Messing betont, dass der Einkommensbegriff, den die Anwesenden meinen könnten, dem Antragsteller als Sacharbeiter, der diese Dinge für die Stadt Münster festsetze, bekannt sein müsste. Abschließend erläutert Herr Messing, dass die Umsetzung dieser Regelung in Münster einem einfachen Transfer von einer Tasche in die andere gleiche.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Bürgeranregung wird nicht gefolgt.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Neufestsetzung des Preises für die Schulspeise sowie Essenpreise für die Kindergärten 2026

Herr Messing erläutert anhand der Sitzungsvorlage die Preisstruktur der Schulspeisung. Die Anpassungen seien bewusst moderat gestaltet worden, um insbesondere Kinder möglichst wenig zu belasten. Dennoch verbleibe ein Defizit von rund 100.000 €. Gästeessen kämen nur selten vor; überwiegend nähmen Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeitende an der Verpflegung teil.

In der anschließenden Diskussion wird angeregt, die Beiträge für Lehrer und Mitarbeitende stärker zu erhöhen, um Kinder und Eltern zu entlasten. Gleichzeitig wird betont, dass es sich bei der Schulspeisung grundsätzlich um ein Defizitprodukt handle, da eine gute Verpflegung für Kinder politisch gewollt sei. Mehrere Ausschussmitglieder sprechen sich für moderate Anpassungen sowie eine regelmäßige Überprüfung der Kostenentwicklung aus.

Herr Messing erläutert die Entwicklung der Defizite der vergangenen Jahre, die unter anderem durch Investitionen, steuerliche Effekte sowie gestiegene Lebensmittelpreise beeinflusst worden seien. Durchschnittlich

liege das Defizit derzeit bei etwa 150.000 €. Maßnahmen zur Kostenreduzierung seien bereits eingeleitet worden.

Im weiteren Verlauf wird diskutiert, eine Defizitobergrenze festzulegen. Mehrere Mitglieder sprechen sich für eine Grenze von 200.000 € aus, bei deren Überschreitung der Ausschuss erneut über Maßnahmen beraten solle. Außerdem wird vorgeschlagen, den Preis für Lehrerinnen, Lehrer und Mitarbeitende auf 6,50 € pro Mahlzeit festzusetzen.

Der Ausschuss verständigt sich schließlich auf eine moderate Anpassung der Essenspreise sowie auf die Einführung einer Defizitobergrenze von 200.000 € mit jährlicher Überprüfung.

Beschluss:

Ab dem Schuljahr 2026/27 (September 2026) sollen folgende Essenspreise gelten:

Kindergärten unter 3-Jährige	3,00 € incl. USt.
Kindergärten über 3-Jährige	4,50 € incl. USt.
Kinder der OGS	4,25 €
Schüler Sek. I	5,00 €
Lehrer/Mitarbeiter	6,50 € incl. USt.
Gäste	7,50 € incl. USt.

Zudem wird für die Schulspeisung eine **Defizitobergrenze von 200.000 € pro Jahr** festgelegt. Die Entwicklung wird jährlich überprüft und bei Überschreitung erneut im Ausschuss beraten.

Stimmabgabe:

3. Bericht der Ludgeri-Grundschule

Die Schulleiterin Anne Bölte berichtet über die aktuelle Situation der Schule. Derzeit besuchen 474 Schülerinnen und Schüler in 21 Klassen die Schule. Von diesen befinden sich 12 Kinder in der Erstförderung im Bereich Deutsch als Zweitsprache. Zudem wurden 8 Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf festgestellt. Zum Ende des Schuljahres werden 106 Kinder die Schule verlassen, während 122 Kinder eingeschult werden sollen. Ursprünglich lagen 141 Anmeldungen vor, jedoch reduzierte sich die Zahl durch Zurückstellungen, Schulwechsel zu anderen Schulformen sowie Wegzüge. Nach aktuellem Stand wird mit fünf Eingangsklassen gerechnet, davon zwei am Standort Johanni und drei am Standort Ludgeri.

Im Kollegium sind derzeit 40 Personen tätig, darunter 28 Grundschullehrkräfte. Zusätzlich unterstützen abgeordnete Lehrkräfte, Sonderpädagoginnen, Bundesfreiwilligendienstleistende sowie Praktikanten den Schulbetrieb. Die Schule bemüht sich weiterhin, neue Bundesfreiwilligendienstleistende zu gewinnen, da diese eine wichtige Unterstützung im Unterricht und in der Betreuung darstellen.

Am Standort Ludgeri entsteht derzeit ein Erweiterungsbau, dessen Fertigstellung für Mitte Juli vorgesehen ist. Damit bleibt ausreichend Zeit für die Einrichtung der Räume vor Beginn des neuen Schuljahres.

Darüber hinaus berichtet Frau Bölte über neue Projekte. Mit dem Programm „Mimi und Drago“ (<https://www.kreis-coesfeld.de/themen-projekte/einwanderung-integration/kommunales-integrationszentrum/themenfelder/kinder-und-familien/mimidrako>) startet ein Förderangebot für Vorschulkinder mit Sprachförderbedarf im Bereich Deutsch als Zweitsprache. Zudem ist die Schule seit diesem Schuljahr Partnerschule der „Digitalen Drehtür“ (<https://digitale-drehtuer.de/>) - einem Förderangebot für besonders leistungsstarke und hochbegabte Kinder.

Im Rahmen der Schulentwicklung wurde außerdem beschlossen, in Jahrgang 3 auf Noten zu verzichten. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden weiterhin bewertet - jedoch ohne Zensuren und stärker kompetenzorientiert im Rahmen von Lernentwicklungsgesprächen zurückgemeldet.

4. Bericht der Anne Frank Gesamtschule

Frau Thomas verliest einen Bericht von Dr. Habbel, Schulleiter der AFG. Dieser Bericht wird im Ratsinformationssystem eingestellt (Anlage 1 zur Niederschrift).

5. Mitteilungen

5.1. Sitzungsverschiebung Gesamtschulausschuss - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass der Gesamtschulausschuss nicht wie geplant am 23.04.2026, sondern am 22.04.2026 stattfinden wird. Die Einladung erfolgt zu gegebener Zeit.

5.2. Probleme Vodafone - Baustelle Dom - Herr Messing

Herr Messing führt aus, dass die Antenne im Dom montiert ist und in der Vergangenheit während Revisionen, die mit einem 80-Meter-Kran und einem Korb durchgeführt wurden, abgeschaltet werden musste. Die Abschaltung ist aufgrund der hohen Strahlungsleistungen und aus Gründen des Mitarbeiterschutzes erforderlich. Es ist versucht worden, die Antenne nach außen zu versetzen, was jedoch zunächst gescheitert sei, da die Stromversorgung gefehlt habe. Am Abend des Vortages sei der Empfang um etwa 18 oder 19 Uhr wiederhergestellt worden, jedoch sei die Antenne am heutigen Tag erneut abgeschaltet worden, da die Mitarbeiter weiterhin an dem Gerüst gearbeitet hätten, um es entsprechend höher zu bringen. Herr Messing betont, dass man gerne nachhaken könne, jedoch nicht diejenigen seien, die letztendlich Entscheidungen treffen könnten. Er beschreibt die Situation als bedauerlich, da die Netzverbindung für alle Vodafone- und O2-Nutzer nur noch über Satellitenzeichen verfügbar sei. Abschließend erklärt er, dass man den Unmut weitergebe, jedoch im Moment nicht mehr Informationen

bereitstellen könne.

Mehrere Ausschussmitglieder betonen wie wichtig die Wiederherstellung des Netzes ist, da hilfebedürftige Menschen Niemanden erreichen können – aber auch Berufstätige hierdurch Einschränkungen erfahren.

Herr Lennertz bestätigt, dass die Verwaltung diesbezüglich bereits tätig geworden ist und am nächsten Montag, 16.03.2026 ein Vor-Ort-Termin stattfinden wird.

6. Anfragen

Keine.

Tatiana Holtmann
Stellvertr. Vorsitzende

Ute Höning
Schriftführerin